

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preis pro Nr. 10 Pf.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 822.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich 50 und außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis monatlich 1,50, vierteljährlich 4,50, halbjährlich 8,00, jährlich 15,00. Postanweisung Nr. 4089, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile (oder deren Raum) 15 Pf., für Werbeanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 7 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 225.

Freitag, den 26. September 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Ueber den Münchener Parteitag

Schreibt uns unser Mitarbeiter Parvus: Es war ein guter Geist in diesem Parteitag — der Geist des ernststen Schaffens und der Festigkeit im Kampfe. Die Gegner, die nach Knalleffekten suchten, mögen nur sich begnügen zeigen durch den nüchternen Charakter der Verhandlungen. Die Enttäuschung wird ihnen nicht ausbleiben — nach den kommenden Reichstagswahlen. Das war gerade das Kennzeichnende, mit welcher Nüchternheit die bevorstehende große Wahlschlacht kritisch untersucht wurde. Darüber besteht doch kein Zweifel, daß die politische Situation, unter der die Reichstagswahlen herannahen, für uns äußerst günstig ist. Jeder anderen Partei in gleicher Lage würde der Himmel voller Geigen erscheinen. Wir aber rechnen viel weniger mit den Siegen, die uns sicher sind, als mit den Niederlagen, die wir abzuwenden hätten. Wir untersuchen peinlich jede Einzelheit, jede Schattierung in der Stellung der Parteien, die lokalen Verhältnisse jedes Wahlkreises. Es ist eine langwierige, unauffällige, kleinliche Arbeit, und der fremde Zuschauer mag dabei die großen Gesichtspunkte vermissen. Aber diese Arbeit zeigt vor Allen, wie tief eingreifend unsere Thätigkeit ist. Unsere Agitation bohrt sich in die fremden Verhältnisse hinein. Wir unterwühlen den Boden, auf dem die bürgerlichen Parteien stehen, noch bevor für uns selbst die Frage des Mandats in einem Wahlkreise aufkommt. Die bürgerlichen Parteien suchen bei den Wahlen eine große Stimmenzahl zusammenzubringen, um eine große Zahl Mandate zu erlangen. Auch uns kommt es auf die Mandate an, aber vor allem sind uns die Wahlen ein mächtiges Mittel, im weitesten Umfange in die Massen zu dringen. Wir wollen die Massen erobern. Uns ist es z. B. gar nicht gleichgültig, ob uns ein Mandat deshalb zufällt, weil die Stimmen der übrigen Parteien zurückgegangen, oder weil unsere Stimmen gewachsen sind. Es ist auf dem Parteitag eine feine Unterscheidung gemacht worden, ob wir dem Zentrum seine eigenen Wähler abspenstig machen können, oder bloß die indifferenten Massen, die bis jetzt überhaupt nicht gewählt haben, von ihm zurückhalten, für uns gewinnen können. Das beweist, wir machen keinen einzigen Schritt vorwärts, ohne erst den Boden sorgfältig untersucht zu haben.

Die Unterscheidung zwischen den fremden Wählern und den indifferenten Massen ist sehr wichtig. Große Wählermassen haben wir bis jetzt eigentlich nur dem Freisinn abgerungen. Es waren das größtentheils Arbeiter, die sich instinktiv der politischen Demokratie zugewandt hatten, aber nach Erkenntnis ihrer Klassenstellung sozialdemokratisch wurden. Unsere Partei ist ja bis zu einem Grade dadurch entstanden, daß die Arbeiter sich mit der Politik des Freisinn nicht befreunden konnten; sie entstand aus der Kluftspaltung des Freisinn, die Bassalle vorgenommen hat. Die freisinnigen Arbeiter brauchten nur, mit der ihnen eigene Klassenlogik, die Ideen der Demokratie zu entwickeln, um sozialdemokratisch zu werden. Nun sind beim Freisinn nicht mehr viel Arbeiter verblieben. Das Feld ist abgegrast und je mehr nach rechts wir vordringen, desto mehr begegnen wir Weltanschauungen, die der unsrigen fremd und feindlich sind. Diese Weltanschauungen können wir nicht mehr in unserem Sinne weiter entwickeln, sie müssen bekämpft werden. Das ist eine schwere Arbeit, die nur langsam fortgeschritten. Wir haben es an dem Antisemitismus gesehen. Trotzdem diese Bewegung ein vollständiges Fiasko erlitten hat, haben doch die mehr oder weniger proletarisierten Massen, die an ihr theilnahmen, sich nicht zur sozialdemokratischen Erkenntnis durchdringen können: die überliefernte Weltanschauung stand ihnen im Wege. Ebenso wird ein Arbeiter, der zwanzig Jahre ultramontan war, kaum mehr Sozialdemokrat werden können. Er wird am Zentrum festhalten, so lange es nur irgend geht. Bei den anderen wird sich vielleicht das Interesse verflüchtigen, noch weitere werden sich grollend zurückziehen, doch ist das noch immer kein sozialdemokratischer Stimmenzuwachs, obwohl die Stimmdifferenz beeinflusst. Unsere Partei wird sich je weiter desto mehr durch Anverberung aus den indifferenten Massen ausbreiten. Es ergeben sich daraus wichtige taktische Folgen, die zum Theil auf dem Parteitag ihre Erörterung fanden.

Ein Zeugniß emsigen Schaffens ist auch das vielfach zum Ausdruck gekommene Verlangen nach Agitationsbroschüren. Benosse Auer hat diese Wünsche durchaus falsch interpretiert. Es handelt sich nicht um agitatorische Unbeholfenheit. Die Sünden des Zentrums, die Auer in seinem Referat in so bedauerlicher Weise aufgezählt hat, sind unseren Agitatoren nicht gerade unbekannt. Es ist aber eben die Ueberfülle des Materials, die den Wunsch nach seiner Zusammenfassung gerechtfertigt hat.

Wir rüsten nicht bloß zum Wahlkampf, wir rüsten für die Zeit nach dem Wahlkampf. Der Wahlsieg, für die bürgerlichen Parteien die Hauptsache, ist für uns nur eine Episode. So groß dieser Sieg auch sein mag, wir wissen schon jetzt, daß wir uns mit ihm nicht werden zufrieden geben können. Im Vergleich zu dem großen Ziel, das wir uns

gesteckt haben, ist das alles nur Vorarbeit. Dieses Gefühl kam auf dem Parteitag wiederholt zum Ausdruck. Es zeigte sich auch in den Erörterungen über die sozialpolitischen Fragen, die den Parteitag beschäftigten: Vor allem der Achtstundentag. Ich möchte hier zunächst einige formale Momente hervorheben. Der Antrag auf Vorlage eines resp. Gesetzentwurfs trug 48 Unterschriften — es hätte die große Mehrheit des Parteitages unterschrieben, wenn die Antragsteller es für zweckmäßig hielten, soviel Unterschriften zu sammeln. Die Majorität für die Ueberweisung an die Fraktion war nach der Wahrnehmung vieler sehr zweifelhaft. Jedenfalls, wenn dieser Antrag nicht zuvorgekommen wäre, so wäre der strikt bindende Antrag Schubert mit überwältigender Majorität angenommen. Soviel zur Kennzeichnung der Stimmung auf dem Parteitage. An sich ist es von geringer Bedeutung, ob der Beschluß formell bindend ist oder nicht. Der Wille des Parteitages kam deutlich zum Ausdruck. Der Wille und der Standpunkt. Den parlamentarischen Klügel über die Unsichtbarkeit des Antrags gegenüber wurde hervorgehoben, daß wir den Antrag vor allem für die Agitation brauchen. Wie groß dieses Agitationsbedürfnis ist angesichts der gegenwärtigen Krisis, sah man aus der Menge Redner, die sich aus allen Theilen des Reichs zum Worte meldeten — der endlosen Reihe konnte nur durch Schluß der Debatte ein Ziel gesetzt werden.

Der Standpunkt, den einzelne Fraktionsmitglieder in der Frage angenommen hatten, reizte allerdings zum Widerspruch. Schäfer, als auf dem Parteitag, geschah es in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung.“ Gewiß würde in einer Darstellung von Bebel die Sache denn doch etwas anders aussehen, als in der Wiedergabe von Edm. Fischer. Auf alle Fälle aber ist Aufklärung dringend notwendig, ob wir noch am Achtstundentag festhalten, oder ihm den Zehnstundentag vorschreiben. Diese Aufklärung geschieht am besten durch Vorlage des Gesetzentwurfs. Alle dagegen geltend gemachten geschäftsordnungsmäßigen Bedenken treffen neben das Ziel: nichts steht dem im Wege, daß der Gesetzentwurf ausgearbeitet und vorgelegt wird — wann er nachher auf die Tagesordnung kommt, wird sich schon zeigen. Auch wird die zukünftige Fraktion der gegenwärtigen sehr dankbar sein, wenn sie vor ihr einen fertigen Gesetzentwurf übernimmt — sie wird sich dann nicht 4 Jahre lang mit Zeitmangel entschuldigen müssen, um im

über die Regierungsvorlage hinaus zugeht, hierfür aber ebenso wie bei seiner Befürwortung der Gewährung von Däten die Zustimmung des Kaisers nicht erlangt habe und sich auch nicht getraue, eine solche formell nachzusuchen.

Die Zolltarif-Kommission des Reichstages hat Mittwoch die Generaldebatte über die Fleischtheuerung beendet, die namentlich den Abgg. Wangenheim und Sieg zu den heftigsten Angriffen auf die Fleischer, Händler und die Presse Veranlassung gaben. Auch an einem Ausfalle auf die Schwächlichkeit der bayerischen Regierung, die die Schlichtfrist für einige Orte etwas verlängert hat, fehlte es nicht. Der preussische Landwirtschaftsminister v. Bobbielzi mußte zugeben, daß seit dem Jahre 1896, als die russische Regierung sich zu drakonischen Maßregeln gegen die Suche aufgerafft, die Einschleppung von Viehseuchen aus Rußland nahezu ausgeschlossen sei. Staatssekretär Graf Posadowsky führte aus, daß die Fleischtheuerung eine allgemeine, nicht auf Deutschland beschränkt sei, die daher auch allgemeine Ursachen haben müsse. Dann ging man zur Spezialdebatte der Viehzölle über, in deren Verlauf der Abg. Herold (Zentr.) es entschieden ablehnte, die Fleischtheuerung mit den Viehzöllen in Zusammenhang zu bringen. Die Annahme von Mindestzöllen auch für Vieh sei die Voraussetzung für das Zustandekommen des Tarifs. Das gab dem Staatssekretär Graf Posadowsky Anlaß, zu erklären, daß die Regierung sich auf eine Erweiterung des Systems der Mindestzölle nicht einlassen könne. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen stellte sich heraus, daß Herold nur für die Mindestzölle seiner Fraktion erklärt hat, daß an den Mindestzöllen für Vieh festgehalten werden müsse. Graf Lanitz meinte, daß der Zolltarif die Hauptsache und die Handelsverträge Nebensache seien. Warum sei dem Kaiser in der Verfassung das Recht gewährt, Verträge abzuschließen? Man solle diese Bestimmung streichen. Die landwirtschaftlichen Zölle müßten für die fremden Staaten ein Nährmittel an sein. In der Abstimmung wurden die Beschlüsse erster Lesung bestätigt. Die in erster Lesung beschlossene Zollfreiheit für Heringe wurde wieder beseitigt und die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Mit einiger Mühe ist die Zollfreiheit für Milch beschlossen. Die Zölle für Erzeugnisse landwirtschaftlicher Nebengewerbe und der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wurden ohne Debatte nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen.

Ein Verzweiflungsschrei eines Unglücklichen ist der nachfolgende Brief, der nebst einem Strohhut am Dienstag Morgen von einem Unbekannten unserem Dresdener Parteiorgan übergeben wurde, eine fürchterliche Anklage gegen unsere so herrliche Gesellschaftsordnung. Der Brief, der auf der Rückseite einer Aufforderung zum Strafantritt mit Bleistift geschrieben war, lautet nach der „Sächs. Arb.-Ztg.“:

„Lebt wohl, Ihr alle meine Lieben. Ich kann das Geld nicht mehr mit ansehen. Kein Geld im Hause, die Rieche vor der Thür und vor keinem Menschen wird geholfen. Das konnte ich nicht mehr mit ansehen. Mein Schicksal ist einmal so bestimmt. Ich kann es nicht ändern, hab' mir die größte Mühe gegeben. Andere Spitzbuben laufen frei herum und ich, der ich in größter Noth mich an fremdem Eigenthum vergreifen hätte, um kein Weib und Kind nicht verhungern zu lassen, bekomme nicht einmal Strafausmaß, um das ich ein paar Wochen arbeiten kann und meine Familie wenigstens etwas zu leben hat. Nun, ich bin nicht der letzte und nicht der erste. Ich hätte um ein anständiges Begräbniß, wenn man meine Leiche findet. Bin bekleidet mit blauem Anzug, bin tätowiert auf dem rechten Arm A. G. 1877 und links Hand eine Bürgerkrone.“

Bezeuge mir, denn ich konnte nicht anders.
Dein Arno.“
Auf der ersten Seite dieses erschütternden Schriftstückes befindet sich die gerichtliche Mittheilung an Arno Hermann Großmann, Marktgraf Heinrichplatz 21, IV., daß sein Gesuch um Bewilligung der erbetenen Strafaussetzung abgelehnt wird und G. sich zur Fortsetzung der Verbüßung seiner Strafe rechtzeitig zu stellen habe. Es ist am 20. September ausgefertigt. Dienstag Morgen 1/8 Uhr fand es der Ueberbringer unter einem Strohhut gelegt, am Elbufer, gegenüber der Bogelwiese. Die Fälle, in denen aus Noth und Verzweiflung Proletarier Hand an sich legen, mehren sich in erschreckender Weise! Wird man angesichts dieser warnenden Zeichen auch fernerhin ruhig zusehen und eine außerordentliche Arbeitslosigkeit dreißig leugnen? Wird man angesichts dieser Verzweiflungssakte auch ferner wagen, einer Vertheuerung des Brodes der Armen das Wort zu reden? Der mit zitternder Hand im Angesicht des Todes geschriebene Brief spricht eine erschütternde Sprache von Noth und dadurch herbeigeführter Schuld. Der Unglückliche wollte Brod für seine hungernden Lieben, deshalb streckte er seine Hand nach fremdem Eigenthum aus. . . . Wieht es eine schärfere Anklage gegen unsere Zustände?

Die hohen Schweinepreise bewirken nicht, wie häufig behauptet wird, die Hebung, sondern gerade den Ruin der einheimischen Schweinezucht. Wie der von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover angestellte Wanderlehrer für Kleintierzucht, Hollitzer, in der „N. M. Landw. Ztg.“ (Organ des Bundes der Landwirthe) schreibt, werden jetzt junge Zuchtsauen schon im Alter von 5-5 1/2 Monaten gepaart, um bei den hohen Preisen nur recht früh Ferkel zum Verkauf zu haben, was selbstverständlich als ein großer Fehler in den Grundgesetzen der Zucht gerügt werden muß, denn derartige Sauen gelangen nie zu einer kräftigen Entwidlung und erzeugen auch später stets eine schwächliche und gegen Krankheiten wenig widerstandsfähige Nachkommenschaft. Auch nimmt man in der Hast, um nur schnell den Werth zu versichern, Ferkel von 4 bis 5 Wochen der Mutter fort, ohne danach zu fragen, was aus diesen schwachen Thieren, denen die Muttermilch entzogen wird, werden soll. Der kleine Mann, der solche Ferkel kauft, wird dadurch schwer geschädigt. Der größte Fehler aber liegt darin, daß mancher keine Züchter aus Geldgier von den Abschafferkeln die schwächeren, die keinen so hohen Preis bringen können, zur Zucht zurückbehält und die besten verkauft. Diese Sinnverwirrung ist nur durch die hohen Preise hervorgerufen. Der Wanderlehrer lernt die Verhältnisse auf seinen Reisen durch eigene Anschauung kennen.

Die Zustände im Bäckergewerbe und die Wissenschaft. In dem „Deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege“ hielt am 18. d. M. in Mannheim ein Professor Dr. Emmerich einen sehr bemerkenswerthen Vortrag über: „Das Bäckergewerbe vom hygienischen Standpunkt für den Beruf und die Konsumenten.“ Wir entnehmen über den Vortrag der „Magdeb. Ztg.“:

Zur Abhilfe der vielen vorhandenen Schäden giebt es nach seiner Ansicht nur ein Mittel: Die Zentralisirung der Bäckereien in den Nebenbezirken der Städte, ähnlich wie das bei den Fleischer durch die Schlachthäuser der Fall ist. Die Stadtverwaltungen sollten an der Peripherie die nöthige Anzahl Bäckereien errichten, die Bäckerei möglichst im Innern angelegt werden, um der großen Hitze, die jetzt in den Backhäusern herrscht, zu begegnen. Die übrigen Vortheile der Wohnungen für die Angestellten, der Reinlichkeit bedürfen nicht erst der Schilderung. Die Verkürzung der Arbeitszeit der Bäckereiarbeiter sei dringendes Bedürfnis, eine achtstündige ununterbrochene Ruhepause dürfe als notwendig angesehen werden. Zum Schutze des Verbrauchers sei zu fordern, daß die Temperatur innerhalb des Brotes nach der Gemmel auf 100-104 Grad steigt, an der Oberfläche noch höher. Um die Fäulnisse der heutigen Backwaren zu verhindern, ist der Zwischenhandel und das Anpassen der Waaren zum Zweck des Auszubehrs zu verbieten. Es ist vertheilt die Hand, welche Butter, Schmalz, Petroleum, Seifenpulver und Stärke vorzubereiten, auch das Brot für die beherrschenden Bäckereien sei insbesondere unbrauchbarer Futterboden, verbesserte Ventilation, bessere Wassereinrichtungen, geräumigere Schlafkammern zu fordern. Zum Schluß fährt Referent aus: Ich möchte aber noch hinzufügen, daß es neben den großen gesellschaftlichen Bäckereien schon jetzt viele kleine und mittlere Bäckereien giebt, die allen Anforderungen in Bezug auf Reinlichkeit entsprechen. Das ist der Sozialdemokratie zu danken, die die ersten Schritte in dieser Umwandlung hygienischer Verhältnisse vollzogen hat.

Es ist erfreulich, daß Herr Prof. Emmerich trotz seiner Gegnerschaft gegen unsere Partei die Verdienste der Sozialdemokratie um den Schutz der Bäckereiarbeiter anerkannt hat. In der That hat erst die langjährige Arbeit der Sozialdemokratie — zumal die bekannte Brotschüre des Genossen Hebel — die noch völlig unzulängliche Bäckerei-Verordnung veranlaßt. In der Diskussion wurde der wahrheitsliebende Gelehrte, der übrigens lebhaften Beifall fand, von einem Bäckermeister und dem jähling bekannnten antisemitischen Baumeister Hartwig aus Dresden lebhaft angegriffen. Letzterer erklärte, er „wundere sich“, wie ein hochgebildeter Mann sich „so von sozialistischen Jüden“ beeinflussen lassen könne. Ihm antwortete Professor Emmerich:

Ich wiederhole, es ist besser geworden, aber immerhin herrschen noch vielfach schlimme Zustände, und wenn es etwas besser geworden ist, so haben die Erhebungen der Sozialdemokratie die Schuld. Ich bin kein Sozialdemokrat, aber dem Verdienste seine Krone. Wangeles anderer Doktrinen, die hier fehlten, möchte ich mich an die sozialistischen Publikationen halten, wenn ich nicht allem meine subjektive Meinung zum Ausdruck bringen wollte.

Die Anerkennung eines ehrlichen Gegners ist natürlich für uns mindestens ebenso viel werth, wie der Beifall unserer Genossen. Hoffentlich hat die Zustimmung aller medizinischen Gelehrten zu unseren Forderungen bezüglich des Bäckergewerbes den Erfolg, daß endlich energische Maßnahmen ergreifen werden, deren Nothwendigkeit Herr Prof. Emmerich so treffend begründet hat.

Die Burengenerale haben nach einer Meldung aus Amsterdam einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Die Buren seien nach einem Kampfe von mehr als 2 1/2 Jahren gezwungen gewesen, die ihnen gestellten Friedensbedingungen anzunehmen. Die in Bereinigung versammelten Vertreter beauftragten die Generale, sich nach England zu begeben, um dort eine Viderung des marceschlichen Nothstandes zu erlangen, der die ehemaligen Republiken betroffen habe. Da es den Generalen nicht gelungen sei, in England Hilfe zu finden, so müßten sie einen Aufruf an Europa und Amerika richten. Sie dankten für die den Frauen und Kindern in den Konzentrationslagern gewährten Unterstützungen; die Angehörigen der Republiken seien nach den Kräfte völlig zu Grunde gerichtet worden, die gänzlich Verwundung des Landes unbeschreiblich, 30 000 Häuser mit vielen Dorfschäfen seien niedergebrannt und zerstört. Die Generale bitten deshalb um Liebesgaben zur Unterstützung der Wittwen, Waisen, Verwundeten und Bedürftigen, sowie zur Erziehung der Kinder und erklären, sie bezeichnen die schrecklichen Folgen des Krieges nur, um zu zeigen, wie groß die Noth sei, keineswegs aber, um die Gemüther von Neuem zu erregen. Der kleine Betrag, den England nach der Bedingungen der Uebergabe leisten werde, sei auch wenn er nur das Fehlsache vermehrt werde, völlig ungenügend, um allein die durch den Krieg erlittenen Verluste zu decken. Die Wittwen, Waisen, Verwundeten und die Kinder, zu deren Gunsten allein der Aufruf erlassen werde, würden davon wenig, ja nichts erhalten. Der Aufruf schließt mit der Bitte um ein herzliches Zusammenwirken der Komites in den verschiedenen Ländern. — In England ist man von dem Aufruf

selbstverständlich wenig erbaut. Die „Westminster Gazette“ befürchtet sogar, die ersten Früchte des Aufrufes würden eine Wiederbelebung des Jörnens gegen England und vielleicht eine Wiederbelebung des Unwillens gegen die Buren und deren Führer in England sein. Warum denn? Nachdem die englische Regierung durch Chamberlains Mund sich strikte ablehnend verhalten hat, helfend beizuspringen, blieb den Buren gar nichts weiter übrig, als der Appell an das Mittel der ganzen Welt.

Von einem Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze berichtet die „Straßburger Post“ folgendes: Mehrere in der Nähe von Blaine, Kreis Molsheim, beschäftigte Holzhauer aus Württemberg hatten sich am letzten Sonnabend Abend über die Grenze nach Belval, Arrondissement St. Die, begeben, und waren dort in einer Wirthschaft eingelehrt, wo sie zechten. Als die Gemüther erhitzt waren, sei es in der Wirthschaft zu Streitigkeiten und schließlich auch zu Thätlichkeiten gekommen. Wer den Streit begonnen habe, sei bis jetzt noch nicht festgestellt, da die Aussagen der Beteiligten sich widersprechen. Schließlich aber wurden die Deutschen von den französischen Grenzaufsehern verhaftet. Einer der deutschen Holzhauer, der erst am Montag wieder freigelassen wurde, erzählte, daß sie von den französischen Wächtern und Polizeibeamten in rohester Weise mißhandelt worden seien und keine oder nur ganz ungenügende Nahrung erhalten hätten, und das „alles nur, weil sie Deutsche waren.“ — Das Straßburger Blatt knüpft an diese Schilderung den Wunsch, der Vorfall möge baldigst völlig aufgekärt werden. Man darf erwarten, daß die Sache befriedigend erledigt wird. Zu politischen Reibereien geben solche Zwischenfälle glücklicherweise keinen Anlaß mehr.

Ein politisches Schachergeschäft, das an Schamlosigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, haben die Nationalliberalen mit dem Centrum im Kreise Offenbach abgeschlossen. In Düsseldorf domierte auf dem Verbandstage der nationalliberalen Jugendvereine der Abgeordnete Wasser-mann das Centrum in Grund und Boden wegen seiner „verderblichen Grundsätze“; in Dautenhäuser wetterte Dr. Schädel gegen die Liberalen, so daß kein Hund ein Stück Brod von diesen nehmen möchte. Und in Offenbach schließen die Schwärzer und Blauen ein Wahlbündniß, als ob eitel Harmonie zwischen ihnen von jeher geherrscht hätte. Um die bösen Sozialdemokraten zu verdrängen, die Offenbach-Stadt und -Land in der Darmstädter Landstube vertreten, haben sich die Ultramontanen mit ihren „Todfeinden“ dahin verständigt, daß die ersteren den gemeinsamen Kandidaten für das Land, die Nationalliberalen den Kandidaten für die Stadt stellen. Man sieht aus diesem Vorkommniß, wie sich die Klassenscheidung auch im Hessenlande immer deutlicher vollzieht. Am 29. Oktober finden die Wahlmännerwahlen in Hessen statt. Hoffen wir, daß das famose Kompromiß dann gründliche Sectionen erhält.

Keine politische Nachrichten. Wegen Beleidigung des deutschen Kaisers ist auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft die Nummer 75 des Pariser Wochens „L'Assiette au beurre“ („Der Butterteiler“) beschlagnahmt worden. — Die französische Regierung hat den Vorschlag zur Bildung von Freischaren im Prinzip angenommen. — Über einen Sieg der chinesischen Regierungstruppen über Boger meldet „Anters Bureau“ aus Peking: Bis jetzt sind zwei Bataillone der Schamgarde außerhalb der Mauern Tientsins an die Boger und Tsing in. Das chinesische Auswärtige Amt erklärt, das militärische Vorgehen gegen die Rebellen höre auf keinen ernstlichen Widerstand.

Oesterreich-Ungarn.

Wie man in Galizien Landtagsabgeordneter wird. Das ruthenische Blatt „Dilo“ veröffentlicht das Facsimile eines Briefes, den der Bezirkskommisär

Verächter hätten seine Rückreise entweder auf der Nikolai- oder auf der Warschauer Bahnlinie erwartet und auf beiden Strecken Schienen ausgegraben. Auf der ersten Linie sei die Sache jedoch rechtzeitig entdeckt worden. Im zweiten Fall dagegen sei der Vorbezugzug entgleist. Die Meldung jenseits bedarf noch sehr der Bestätigung, wenn auch immerhin eine große Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit der Nachricht spricht.

Frankreich.

Ausweisungen streikender Arbeiter. Die Weber von Durcamp (Seine-et-Oise) stehen bereits seit über drei Monaten in einem Abwehrstreik wegen Lohnverkürzung. Die Ausdauer der Arbeiter ist desto anerkennenswerther, als sie sich zum ersten Mal gegen die unternehmerliche Bebrüdung, die jahrelang in jeglicher Form auf ihnen lastete, auflehnten. Zudem hat der Fabrikant es verstanden, in den Arbeitern jedes Solidaritätsgefühl zu erlöchen, indem er sein Personal systematisch einerseits aus der rückständigen Bretagne und andererseits aus dem Großherzogthum Luxemburg kommen ließ. Die national gemischte Arbeiterschaft lebte in stetem inneren Haber und erlung genöthig die brutalsten und primitivsten Formen der Ausbeutung. Aber endlich in den Streik gedrängt, erlebten die Arbeiter eine sittliche und geistige Wiedergeburt. Die Bretonen und die Luxemburger kämpften Schulter an Schulter mit seltener Ausdauer, trotz der entsetzlichen Entbehrungen, bei höchst mangelhafter Unterstützung von auswärtig. Der Unternehmer rechnete aber noch immer auf die Aushungierung der Streikenden, und er wird von den Behörden namens der „Arbeitsfreiheit“ unterstützt, nachdem er eine Anzahl Streikbrecher angeworben hat. Die politische Schurkelei der Ausständigen hört nicht auf. Den thätigsten Mitgliefern der neugegründeten Organisation werden allerlei Prozesse angehängt. Zuletzt hat die Regierung gar drei ausländische Streikende ausgewiesen: die Arbeiter Schneider, Kneip und Bernard. Dabei ist einer der Ausgewiesenen erst seit einigen Tagen Vater geworden, seine Frau liegt noch im Wochenbett. . . . Freilich ist der Fabrikant von Durcamp — rabikaler Parteigänger, also ministerfreundlich gesinnt. Von den ministeriellen bezw. ministerfreundlichen Sozialisten haben bisher gegen den Willkürakt der Regierung nur die Allemanisten protestirt. Ihr Pariser Sekretariat schließt mit der Erwartung seinen Protest, daß „die Regierung diese herausfordernde Maßnahme zurücknehmen wird, will sie anders nicht alle freien Menschen und eine Menge ihrer Anhänger gegen sich aufbringen.“ Abwarten!

Der Kongreß der Grubenarbeiter ist Mittwoch in Commeny zusammengetreten. Anwesend sind 35 Deputirte, welche 49 Berufsvereine vertreten. Dem Kongreß ging Nachmittags aus Dorignies die telegraphische Mittheilung zu, daß dort 3000 Grubenarbeiter in den Anstand eingetreten seien.

Ganz wie bei uns. Die „Petite Republique“ berichtet über den Spruch eines Kriegsgerichts in Tonkin. Dasselbe verurtheilt einen Soldaten, der einen Korporal durch eine Handbewegung beleidigt haben sollte, zu drei Jahren Gefängniß. Das genannte Blatt zieht den naheliegenden Vergleich mit den milden Urtheilen, die gegenüber den Offizieren üblich sind.

Afrika.

Die Klagen unter den Buren nehmen fortwährend zu, und scheinen, wie aus Johannesburg berichtet wird, in weitem Maße berechtigt zu sein. Von 45 000 offiziell zugelassenen Entschädigungsansprüchen nach dem Kriegsgesetz sind bisher nur 10 000 erledigt worden. Die 12 von Lord Kitchener eingesetzten Militärkommissionen zur Ausheilung des Schadenersatzes haben dafür überhaupt noch keine Auszahlung vorgenommen und sich darauf beschränkt, die Requisitions-Bettel der britischen Kommandeure einzulösen.

Vereinigte Staaten.

Die Verletzungen, welche Präsident Roosevelt kürzlich in Pittsburg bei einer Wagenfahrt durch Zusammenstoß mit einem elektrischen Tramzug erlitt, sind anscheinend ernster gewesen, als früher vermuthet wurde. Eine Kontusion am linken Bein, nahe dem Kniegelenk, hat ein Geschwür verursacht, das eine Operation erheischte, die Dienstag in Indianapolis vollführt wurde. Die Aerzte behaupten, die Operation sei gelungen, weigern sich aber vorläufig, ein Bulletin herauszugeben, was zu neuer Verunsicherung Veranlassung giebt. Ueber den Zustand des Präsidenten Roosevelt wird aus Washington noch gemeldet: Der Präsident wünschte die Operation bis nach seiner Ankunft in Washington zu verschieben. Die Aerzte bestanden jedoch auf sofortiger Ausführung, da sie sonst Blutvergiftung befürchteten.

China.

Das neueste russisch-chinesische Abkommen. Ein in Port Arthur erscheinendes Blatt „Nowy Kra“ entnimmt dem „Dias. Lloyd“ die von Kantoner Blättern veröffentlichten näheren Mittheilungen über den Tibet-Vertrag. Die zwölf Vertragspunkte lauten: 1. Um den Frieden im Lande aufrecht zu erhalten, tritt China, da es selbst machtlos ist, seine Rechte auf Tibet an Rußland ab. 2. Rußland garantiert China die Unabhängigkeit seiner (Chinas) Provinzen. 3. Wenn China im Falle eines Krieges oder von Unruhen nicht im Stande sein sollte, die Ruhe wiederherzustellen, so hat Rußland das Recht, sich einzumischen, um selbst Ruhe zu schaffen. 4. Rußland übernimmt Tibet und wird es durch seine Vertreter verwalten lassen. 5. China darf in Tibet Konsulate errichten. 6. Rußland verpflichtet sich, die chinesischen Kaufleute zu unterstützen. 7. Wenn sich in Tibet chinesische Flüchtlinge aufhalten, so soll Rußland sie ausliefern. 8. Rußland darf von chinesischen Waaren in Tibet keine Abgaben erheben. 9. Rußland muß der einheimischen Bevölkerung eine gute Behandlung zu Theil werden lassen. 10. Rußland darf der einheimischen Bevölkerung keine Religion mit Gewalt aufdrängen. 11. Rußland steht das Recht zu, in Tibet Eisenbahnen und Bergwerke anzulegen. Es muß den Chinesen jedoch gestattet sein, Aktien dergleicher Unternehmungen zu erwerben. 12. Beim Eisenbahn- und Festungsbau dürfen die chinesischen Tempel nicht zerstört werden. — Die „Nowosti“ geben die Mittheilungen des offiziellen „Nowy Kra“ wieder, ohne ein Wort hinzu-zufügen. Wenn sie richtig sind, ist die Nachgiebigkeit Rußlands in der Randschüre genügend aufgeklärt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Fleischtheuerung. In Staffort haben gemäß dem Beschlusse der städtischen Behörden zum Zwecke der Erzielung billigerer Fleischpreise jetzt die Schlachtungen in städtischer Regie begonnen. Die Preise sind gegen die der Fleischerminnung um 10, 15 und 20 Pf. für das Pfund billiger. Die Fleischer sind von der Konkurrenz der Stadt sehr wenig erbaut; sie erklären, daß sie bei den thatsächlich theuren Preisen für Schweine unter Hinzurechnung ihrer Unkosten und eines Verdienstes nicht gut billiger verkaufen können. — Der Vorstand des deutschen Fleischer-Verbandes will in den nächsten Tagen in vielen Millionen von Exemplaren ein Flugblatt verbreiten lassen, in dem die Behauptungen des Bundes der Landwirthe über die Viehnoth widerlegt und die Angriffe auf das Fleischergerwerbe zurückgewiesen werden. — Die Stadtverordneten in Frankfurt a. M. beschloffen, unter Zustimmung des Magistrats gemeinsam mit diesem eine Petition an den Reichstag zu richten, die sich für die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen für Schweinefleisch, amerikanisches Büchsenfleisch und Würste verwendet.

Das Ewinemünder Kaisertelegramm und der Abg. Bichler. Die schüchterne Zurückhaltung, die die Zentrumsleuchten auf dem Mannheimer Reichstagskongress gegenüber dem Ewinemünder Kaisertelegramm beobachtet haben, hat offenbar die bayerischen Zentrumsmitglieder stark befreundet, und um sich nicht den Wind aus den Segeln nehmen zu lassen, sehen sich jetzt die bayerischen Zentrumsführer genöthigt, schon vor der angekündigten „Abrechnung“ in den Parlamenten etwas deutlicher zu werden. Dr. Schäfer und Dr. Bichler, beides Hauptleuchten des bayerischen Flügels, sind gleichzeitig auf den Plan getreten. Schäfer noch als Schäfer, dessen Äußerungen auf dem Tüntenhauser Bauerntage wir der Hauptsache nach mitgeteilt haben, hat sich Dr. Bichler in einer Versammlung des Zentrumsvereins in Straubing ausgebrüht, indem er nach einem ausführlichen Bericht des „Straubinger Tageblatt“ ausführte:

„Wir verwahren uns und verbitten uns jede Einmischung von jeder Seite, sie sei, wer sie wolle. (Stürmischer Beifall). Der Kaiser ist der Vorsitzende des Bundesrats, und sonst nichts. Wir erinnern uns so recht wieder an die schönen Worte, die Prinz Ludwig in Kofka gesprochen: „Wir sind Verbündete und keine Vasallen.“ Die Entwicklung geht Schritt für Schritt weiter, der preussische Einfluß wird immer stärker und der Einfluß der einzelnen Fürsten immer geringer. Ein großer Theil der Schuld trifft Bayern selbst durch die Nachgiebigkeit seiner Regierung. Hätte man sich früher besser auf die Füße gestellt, der Adler hätte sich gehütet, dem Löwen zu nahe zu kommen. (Bravo).“

„Gut gebrüllt! Ein großer Theil der Schuld an der Gestaltung der Zustände im Reiche trifft aber gerade auch das Zentrum, das, seitdem es zur „regierenden Partei“ avancirt ist, zwar ab und zu noch starke Worte findet, um seinen Wählern Dunst vorzumachen, dessen politisches Rückgrat aber ebenso biegsam geworden ist, wie das des von ihm früher so bitter verspotteten Nationalliberalismus. Worte und Thaten sind auch beim Zentrum zweierlei.“

Frauen- und Kinderschutz. Die Generalversammlung der „Gesellschaft für soziale Reform“ in Köln beschäftigte sich Montag eingehend mit dem gewerblichen Arbeiterschutz für Frauen und Kinder. Die Redner sprachen sich sämmtlich für eine zehnstündige Arbeitszeit für Frauen und für Heraushebung der Altersgrenze der jugendlichen Arbeiter von 16 auf 18 Jahre aus.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen ist vom sächsischen Ministerium des Innern zum Gegenstand einer Umfrage gemacht worden. Wenigstens sind in verschiedenen

voigtländischen Städten in den letzten Tagen den Fabrikanten diesbezügliche Fragebogen zugestellt worden, woraus zu schließen ist, daß es in anderen sächsischen Städten ebenfalls geschieht. Es wird Auskunft darüber verlangt, ob und in welcher Industrie Arbeiterentlassungen eingetreten oder Feiertage oder Kürzungen der täglichen Arbeitszeit eingeführt sind und ob eine Zu- oder Abnahme der Arbeitslosigkeit für den kommenden Winter im Vergleich mit dem Vorjahre zu erwarten sei. Das eingegangene Material bezw. die eingegangenen Antworten sind von den Ortsbehörden zusammenzustellen und dem Ministerium einzusenden. Es ist zu hoffen, daß die Arbeit und Umfrage gewissenhafter geschieht, als die vorjährige, deren Ergebnis Graf Pobjadowshy im Reichstage zum besten gab und das mit Recht sehr angezweifelt wurde.

Die Nothlage der Gendarmen. Die Bündler schreien, daß die Throne zusammenbrechen möchten, in Dresden haben sich die pensionirten Offiziere gegenseitig ihre Noth geklagt, daß sie mit ihren Pensionen nicht mehr auskommen können und daß dadurch die Gefahr eines Verfalls im Proletariat herausbeschworen werde — was Wunder, wenn sich da auch die Gendarmen auf ihre Nothlage besinnen? Der „Verein ehemaliger Gendarmen in Berlin“ bereitet eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus vor, in der um eine Erhöhung der durchaus unzureichenden Besoldung der Gendarmen und eine Regulirung ihrer Pensionsverhältnisse gebeten werden soll. Außerdem will man nur auf die unhaltbare, nicht mehr zeitgemäße Doppelstellung der Gendarmen hinweisen. Der Gendarm ist nach dem Befehl unmittelbarer Staatsbeamter, steht aber unter den Befehlen und der Strafgewalt militärischer Vorgesetzter. Es finden auf ihn die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches Anwendung. Weiterhin hat der Gendarm Zivilvorrechte, die ihm ebenfalls Befehle und Aufträge erteilen, so daß Kollisionen oftmals nicht zu vermeiden sind. Für die Militärvorrechte sind dabei die Vorschriften des Ordonnanz- und Instruktionbuchs von 1820 bezw. dessen spätere Nachträge, für die Zivilvorrechte die Bestimmungen für den Polizeidienst maßgebend. Bei Ermittelung von Verbrechen wird der Gendarm durch die militärischen Anordnungen oft sehr gehemmt, so ist ihm z. B. das Betreten von Gasthäusern nur bei bestimmten Dienstlässen gestattet. Einerseits soll er allen Anforderungen eines tüchtigen Soldaten, andererseits denen eines guten Polizeibeamten entsprechen, was sich nicht immer gut vereinbaren läßt. So kann man von einem Beamten, der sich Tag und Nacht auf der Landstraße aufhalten muß, nur schwer verlangen, daß er stets in strenger Haltung und in tadelloser sauberer Uniform erscheine. Wenn man der Doppelstellung der Gendarmen ein Ende mache, würden auch deren Leistungen steigen. — Es besteht leider wenig Aussicht, daß die berechtigten Wünsche der Gendarmen im Landtage Unterstützung finden, viel weniger auf Annahme rechnen können. Wären Sozialdemokraten im Landtage, so hätten die Gendarmen wenigstens entschiedene Befürworter ihrer Wünsche. Es ist allerdings ein Glück, daß das nicht der Fall ist. Denn welchen Eindruck müßte es machen, wenn die Gendarmen sehen, daß sie nur bei den Sozialdemokraten ernsthafteste Unterstützung finden? Läge dann nicht die Gefahr nahe, daß sich mancher Gendarm bei der Sozialdemokratie anfreunden könnte? Noch näher würde aber diese Gefahr liegen, wenn die Gendarmen keine Berücksichtigung ihrer Wünsche finden. Wo man hinschaut, überall taucht das Schreckensbild des „Waterland“ von den zusammenstreichenden Thronen auf.

Der 23. Parteitag der deutschen Volkspartei fand am Sonnabend und Sonntag in Dffenburg statt. Es waren über 100 Delegirte anwesend. Den Parteibericht gab Dr. Köpfer; er forderte die Einigkeit der linksstehenden Parteien und mahnte ab von „unnöthigen Kaufereien mit der Sozialdemokratie“. Ueber die Reichspolitik sprach Abg. Hoffmann-Hall; er betonte u. a., daß es der Volkspartei

und besonders Herrn Sonnemann zu danken sei, wenn die Frage der Arbeitslosen-Versicherung auf die Tagesordnung des öffentlichen Lebens gekommen sei; Herr Sonnemann erachtet es als das Beste, daß zunächst die Stadtgemeinden Träger dieser Versicherung werden. Ferner wurde eine große Wahlkreis-Eintheilung für die Reichstagswahlen gefordert, sodann die Wohnungs-, die Kartell- und die Ministerverantwortlichkeits-Frage behandelt.

Deutsche Polizisten in russischem Dienst. Von der Grenzwehr in Oberschlesien weiß das „Oberschlesische Tageblatt“ neuerdings folgende interessante Einzelheiten zu berichten, für deren Richtigkeit wir natürlich dem genannten Blatte die Verantwortung überlassen müssen. Es heißt in dem Berichte: „Man klagt in Myslowitz über den Eifer gewisser Ordnungsgorgane, sich dienlich hervorzutun, ohne zu bedenken, welche weittragende Folgen ein Fehlgriff haben kann. In der Kalojeff-Affäre hat der Gendarm B. entschieden in der selbstständigen Einleitung des Verfahrens fehlgegriffen. Er holte ohne jede Bedenken den russischen Gendarmeriekapitän Klimowich und dessen Oberwachmeister Bitarinko über die Grenze, ohne selbst erst eine vorgelegte Stelle in Kenntniß zu setzen, welche Klarheit über den Inhalt der beschlagnahmten Schriften schaffen konnte. B. hat schon einmal einen russischen Unterthan, der, von Oesterreich kommend, angeblich aufrührerische Schriften bei sich führte, ohne ihn erst der Myslowitzer Polizeiverwaltung oder seiner vorgesetzten Behörde vorgeführt zu haben, an das russische Gendarmeriekommando ausgeliefert. Der Beamte erhielt von der russischen politischen Aufsichtsbehörde 25 Rubel als Prämie und danach vom Zaren eine silberne Medaille „für Eifer“ am Stanislausbande. Von seiner eigenen Behörde aber wurde ihm bedeutet, daß sein Verfahren nicht korrekt war.“

Sonnen überall! Bekanntlich haben während und nach der famosen China-Expedition die einzelnen Nationen jede für sich die Theilnahme aus den Plünderungen und sonstigen Räubertthaten bestritten und durch ihre Organe erklären lassen, nur „die Anderen“ hätten gestohlen und gemordet. Hervorragendes in dieser Heuchelei leisteten namentlich die Japanesen, welche steif und fest behaupteten, ihre Truppen hätten sich wenig oder gar nicht an dem „looting“ betheiligigt, das vor zwei Jahren in Peking für eine Weile an der Tagesordnung war. Was jetzt aus San Francisco bekannt wird, wirft ein eigenhüchliches Licht auf diese Behauptung. Dort sind nämlich vor einigen Wochen fünf kaiserlich-chinesische Siegel und zwölf Tafeln aus dem kaiserlichen Tempel in Peking, sämmtlich hergestellt aus dem kostbarsten, fadenlosen Nephrit, beschlagnahmt worden. Sie befanden sich größtentheils in dem Besitze eines Leutnants vom 9. Infanterie-Regiment, Namens John B. Schoeffel. Dieser behauptete, er hätte die Sachen in Peking von einem Chinesen für 50 Dollars gekauft und sie später mit nach den Philippinen genommen. Sowohl die Siegel wie die Tafeln sind vom großem Werthe, besonders aber die letzteren. Denn jede von ihnen, die alle einen halben Zoll dick, einen Fuß lang und vier Fuß breit sind, enthält einen kurzen Abriss der Geschichte eines Kaisers. Da es niemals erlaubt worden ist, Abschriften hiervon zu machen, so ist der historische Werth der Tafeln für die Chinesen geradezu unschätzbar. Deshalb hatte auch die Pekingregierung hohe Belohnungen auf ihre Wiederherbeischaffung ausgesetzt und hatte die fremden Mächte gebeten, sie dabei zu unterstützen. Auch die zwei Zoll dicken und recht schweren Siegel sind kostbar. Da nun der Leutnant mit dem „Gelegenheitskauf“ wohl kein Glück haben wird, muß er sich auf eine andere Anrede besinnen. Vielleicht verweist er auf die astronomischen Instrumente in einem Privatpark Wilhelm II. und behauptet, die werthvollen Gegenstände seien auf ebenso unauflösbare Weise in seinen Besitz gekommen, wie die Kunstwerke von der Peking Stadtmauer in den Besitz des deutschen Expeditionskorps.

Leib Weihnachtsstuden und sein Kind.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

33. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Der Zwerg athmete auf. Dieser Mensch war ja so dumm, niemals zu lügen, und zudem war dieser Ton sicherlich echt. Eine schwere Last fiel ihm von der Brust: hätte die Kassa die Wahrheit gesprochen, dann wären die wenigen Heller, die von dem Vermittlerlohn Mendebes für ihn abfielen, verloren gewesen. Ein „Schadchen“ gebraucht mancherlei Mittel, um ein schwieriges Geschäft zu Stande zu bringen, oder ein bedrohliches zu retten, aber einem ehrbaren Manne läßt sich eine Entehrung als Braut zuführen, mit einer solchen Schuld belastet kein Mann dieser Kunst sein Gewissen.

„Gottlob!“ murmelte er. Dann aber fiel ihm bei, wie weltfremd und leichtgläubig dieser Mann sei. „Euer Wort in Ehren!“ sagte er, „aber könnt Ihr für Eure Tochter verzeihen,“ unterbrach er sich, „ich glaub' ja nichts Böses, ich frag nur. . . Solche Fälle sind ja sehr selten, aber Mendele und ich haben erst vor zwei Wochen eine solche Sach' gehabt. Die Tochter eines Sniatynner Holzhändlers — Kuben der Schneidersohn hat sie vor einigen Tagen geheirathet, jetzt sind sie schon bei der Scheidung. . . Also — könnt Ihr dafür einstehen?“

„Ja!“ rief Leib entrüftet. „Ihr könnt es schwören?“

„Bei allem, was Ihr wollt! Mein Miriamchen —“ Er brach in Thränen aus. Die Thür der Kammer hatte sich geöffnet; sie merkten es beide nicht.

„Bei dem Grabe Eures Weibes?“ fragte der Zwerg weiter.

„Ja!“ rief Leib. „Ich danke dir Vater.“ Da stand die Miriam, so blaß wie die Wand, an der sie sich gelehnt hatte, aber ihr Haupt war hoch aufgerichtet und ihre Augen blühten. „Die Kassa hat gelogen! Stellet sie mir gegenüber, fraget den Janko selbst!“

Meyerl war betreten zurückgewichen, nun sagte er sich wieder. „Verzeiht,“ sagte er, „für Eure Ohren war das Gespräch nicht bestimmt. . . Der Kassa will ich schon den Mund stopfen, Ihr braucht Euch damit nicht zu bemühen. Und den Janko würden wir auch nicht erst fragen, selbst wenn wir's könnten. Aber wir können nicht! Ihr wißt — er sitzt im Kerker!“

„Barmherziger Gott!“ schrie Leib auf. „Der Janko? Er ist ja ein braver Mensch! Wie ist das zugegangen?“ Die Miriam aber schrie leise auf und wankte. Dann umflammerte sie die Thürflanke und hörte bebend zu, wie Meyerl die Szene an der Gartenspore erzählte. Nach seiner Darstellung hatte der Kasende ein halbes Duzend Bauern und Gerichtsdienstler schwer verwundet; eines der Opfer war nach seiner Versicherung bereits verstorben. „Man sagt,“ schloß er, „er wird überhaupt nie mehr freigelassen werden; andere meinen, er bekommt zehn oder auch fünfzehn Jahre Zuchthaus. Aber weniger bestimmt nicht!“

„Fünfzehn Jahre!“ jammerte Leib. Miriam aber schwieg, nur ihr Athem ging hörbar aus und ein. Die Dämmerung war immer dichter hereingebrochen; es war nun im Stur fast finster; Meyerl konnte ihre Gesichtszüge nicht mehr unterscheiden. Das war vielleicht gut für ihn, sonst hätte er wohl wieder um seinen Vermittlerlohn zu bangen begonnen.

„Ihr bebauert ihn wohl noch?“ fragte er nun vorwurfsvoll, zu Leib gewendet. „Und um die armen Leut', die er geschlagen oder verwundet hat, thut es Euch nicht leid?“

„Gewiß,“ betheuerte Leib, „aber die kenn' ich nicht, und er war unser Freund. Nicht wahr, Miriam?“

Sie erwiderte nichts, sondern trat schweigend wieder in die Kammer zurück. „Eure Tochter ist vernünftiger als Ihr!“ jagte Meyerl. „Aber Euch werd' ich nicht ändern. Seid wenigstens in der Hauptsach' so wie andere Menschen! Ueberlegt Euch, ob Ihr die zehn Gulden nicht doch nehmen wollt. Ich frag' morgen wieder an. Gut' Nacht!“

Er ging. Als Leib in die Kammer zurücktrat, in der es nun, da auch das Todtenlämpchen nicht mehr brannte, völlig Nacht war und leise den Namen seiner Tochter rief, erhielt er keine Antwort. Sie hatte sich wohl schon in die anstoßende Kammer begeben, wo neben dem Bette der Tante ihr Lager aufgeschlagen war. In der That hörte er als er an die Thüre dieser Kammer trat, von drinnen ihr leises Schluchzen. Er suchte sie nicht zu trösten, er rief sie nicht an. Auch dieser Schmerz war ihm selbstständig. . .

Er wollte ins Freie treten, das Unwetter schenkte ihm zurück. So saß er denn auf dem Schemel nieder, auf dem er die Wache beim Todtenlicht gehalten, und überließ sich den Gedanken, die auf ihn einstürzten. Aber sie betrafen nicht seine und seiner Tochter Zukunft. Er wußte nicht, wohin er in morgiger Nacht sein und ihr Haupt beissen welche Antwort er Meyerl geben sollte, wenn dieser fragte, ob er die Partie zurückgehen lassen wolle, aber an dies dachte er auch nicht. Nur an den Janko dachte er. Dies fürchtbare also hatte sein Traum vom Leib voran verkündigt; der Stieb war nun niedergelassen, auf Leib's Haupt und vor allem auf das Haupt des Unglücklichen selbst. Fünfzehn Jahre Zuchthaus — ein verlorenes Leben. Daß dieser Mensch ihm sein Kind bedroht, daß er mit dem vor ihm gestirrt und nun befreit aufathmen durfte, das alles huschte ihm nur zuweilen wie ein Blitz durchs Hirn, und dann schlug er sich an die Brust und murmelte: „Der“

